



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kultur-, Freizeit- und Partnerschaftsausschuss
Sitzungsnummer	23. Sitzung
Datum	Mittwoch, den 26.11.2008
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Gebäude "Studium Plus" (Raum 407), Charlotte-Bamberg-Str. 3, 35578 Wetzlar

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Tschakert,	SPD
Stellv. Ausschussvorsitzende Kunkel,	FDP
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Pausch, (bis 19:20 Uhr)	SPD
Stadtverordneter Schäfer,	SPD
Stadtverordneter Adamietz,	CDU
Stadtverordneter Dr. Teichner,	CDU
Stadtverordnete Viehmann,	CDU
Stadtverordnete Zeiser,	B90/Grüne

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
Stadtrat Kräuter,	SPD

von der Verwaltung:

Herr Matzke, Koordinationsbüro	ohne
--------------------------------	------

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer

ferner waren anwesend:

Herr Heiland, Wetzlarer Kunstverein/WNZ
Herr Prof. Dr. Bonath, Studium Plus
Herr Haaske, Studium Plus
Herr Hirth, Planungsbüro projekt.stadt, Bensheim
Frau Staufer, Stadtbibliothek
Frau Wagner, Seniorenrat

entschuldigt fehlten:

Stv. Noack, CDU-Fraktion
Stv. Rupp, FW-Fraktion

AV T s c h a k e r t eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Darstellung der aktuellen Situation bei Studium Plus

TOP 2

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 22.10.2008

TOP 3

1068/08

Soziale Stadt Niedergirmes: Rahmenplan

I/401

TOP 4

0658/07

Benennung des Kreisels „Am Trauar“ in Partnerschaftskreisel

I/270

TOP 5

Verleihung des Kulturpreises „Lotte-Plakette“

TOP 6

Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

TOP 1

Darstellung der aktuellen Situation bei Studium Plus

AV Tschakert bat Prof. Dr. Bonath um einführende Worte. Herr Prof. Dr. Bonath begrüßte die Anwesenden und entschuldigte Herrn Prof. Dr. Danner. Herr Prof. Dr. Bonath gab davon Kenntnis, dass er eine Powerpoint-Präsentation zu Studium Plus und den dualen Studiengängen zeigen werde. Studium Plus als Teil der Fachhochschule Gießen-Friedberg habe eine rasante Entwicklung genommen. Die Niederlassung in Wetzlar bezeichnete er mit seinem angenehmen Umfeld als sehr guten Standort. Auch hob er als erwähnenswert hervor, dass die Fachhochschule ein gesundes industrielles und wirtschaftliches Umfeld habe. Im Standort Wetzlar fänden z. Zt. vier Studiengänge statt. Drei Bachelor- und ein Master-Studiengang. Begonnen habe man mit dem Bachelor-Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen. Nunmehr gebe es zusätzlich den Bachelor-Studiengang Betriebswirtschaft sowie den Bachelor-Studiengang Ingenieurwesen Microsystemtechnik und den Master-Studiengang Prozessmanagement.

Die Bachelor-Studiengänge, so Prof. Dr. Bonath, zielten auf berufsqualifizierte Studenten. Auch sei man stolz auf die Abschlussquote von 95 %. Es sei von Vorteil, dass im Klassenverband gelehrt werde. Als weiterführender Studiengang biete sich nunmehr der Master-Studiengang an. Außerdem sei vorgesehen, ab 2009 ein neues Bildungsmanagement zu implantieren. Hinsichtlich der Studienzahlen betonte er die rasante Entwicklung der Studierenden. Die Anzahl der Studierenden näherte sich der Anzahl von 500 Personen.

Ein Bachelor-Studiengang umfasse einen Zeitraum von drei Jahren, wobei die Hälfte der Zeit im Unternehmen und die andere Hälfte als klassische Hochschulausbildung zu werten sei. Bezüglich der Förderung sprach Herr Prof. Dr. Bonath die Förderung der Stadt Wetzlar an. Ohne Förderung von vielen, wäre Studium Plus nicht groß geworden.

Herr Haake, der das Kompetenzzentrum vertritt, merkte an, er kümmere sich um die Immobilie und Mittelbeschaffung. Studium Plus sei nicht vergleichbar mit den üblichen Hochschulstudien. Studium Plus baue auf zwei Säulen auf:

1. Im Bereich des öffentlichen Rechts als Fachhochschule und
2. durch finanzielle Beiträge durch Firmen.

Zur Historie führte er aus, wegen des Weggangs von ausgebildeten Abiturienten habe es Klagen von Personalleitern gegeben. Die ursprüngliche Idee sei eine Berufsakademie gewesen. Dann habe man Gespräche mit der Fachhochschule Gießen geführt. Das Modell für Studium Plus sei in Zusammenarbeit mit Personalleitern entwickelt worden. Ziel sei es gewesen, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen und nicht nur auf staatliche Förderung angewiesen zu sein. Dank der Unterstützung der Stadt werde ein zweites PC-

Labor eingerichtet. Bezüglich der Ausstattung seien seit 2001 mindestens 2 Mio. € verausgabt worden. Ferner wies er auf Raumprobleme wegen wachsender Studentenzahlen hin. Das Kompetenzcenter habe fast 300 Mitglieder, wovon die Mehrheit im Lahn-Dill-Kreis angesiedelt sei. Jedes Unternehmen, das Studenten entsende, müsse Mitglied werden, führte Herr H a a s k e ergänzend aus.

AV T s c h a k e r t dankte für die interessanten und kompetenten Ausführungen. OB D e t t e wies auf die Mitgliedschaft der Stadt im CCD hin, wo er Vorstandsmitglied sei. Im Rückblick gesehen, merkte er an, war neben der Industrie- und Handelskammer auch die Landespolitik zu überzeugen. Die damalige Wissenschaftsministerin Wagner habe gegen interne Widerstände das Vorhaben unterstützt. Die Wirtschaft habe die Form des Studiums positiv angenommen. Das Modell, so OB D e t t e, habe Furore gemacht. Es gebe Anfragen aus ganz Deutschland wegen der Entwicklung des dualen Systems. Der Kreis der Studierenden beziehe sich auf ganz Hessen und auf einige Unternehmen außerhalb dieses Bundeslandes.

Auf Nachfrage von AV T s c h a k e r t wegen der Kommunikation und Sicherstellung der Einzelbetreuung bei mehr Studenten wies Prof. Dr. Bonath darauf hin, dass es sich nie um einen Massenbetrieb handeln werde. Auch werden die Firmen in Hochschulgremien eingebunden. Fachleute aus den Unternehmen werden verstärkt als Dozenten beschäftigt. In diesem Zusammenhang machte Herr H a a s k e auf die paritätische Zusammensetzung des Kuratoriums aufmerksam; zusammengesetzt aus Vertretern der Hochschule und der Wirtschaft.

Stv. Dr. T e i c h n e r erinnerte an die Bestrebungen, in Wetzlar Studiengänge zu ermöglichen. In den 60er Jahren sei eine Ingenieurschule für Feinmechanik angedacht worden. Studium Plus werde von den Stadtverordneten begrüßt und unterstützt. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, das sage er als Lokalpatriot, in Wetzlar einen kleinen Hochschulstandort zu implementieren. Die Frage von Stv. V i e h m a n n an Prof. Dr. B o n a t h, ob es auch von anderen Hochschulen Studierende im Masterstudiengang gebe, wurde bejaht. Pro Semester würden diesen Studiengang 20 Studierende absolvieren. Ferner interessierte Stv. V i e h m a n n die Historie des Studienganges Krankenhausmanagement. Dies sei von der AOK, so Prof. Dr. B o n a t h, angestoßen worden.

Auf Frage von Stv. Z e i s e r nach der zahlenmäßigen Obergrenze der Studierenden führte Herr H a a s k e aus, diese Frage sei im Kuratorium erörtert worden. Man verständigte sich auf das Motto „klein aber fein“. Eine Obergrenze existiere nicht. Selbstverständlich sei man bestrebt, einen weiteren Ausbau der Studiengänge zu erreichen. Hierzu berichtete OB D e t t e aus dem Vorstand. Man könne noch ein gewisses Wachstum vertreten. Maximal aber 600 bis 700 Studierende. Eine öffentliche Universität oder Fachhochschule sei mit Studium Plus nicht vergleichbar. Es gebe deswegen gewisse Grenzen. Er sei dankbar, wenn es sich bei 600 bis 700 Studierenden stabilisieren würde.

Die Frage von Stv. V i e h m a n n, ob jemand von der Stadt Wetzlar bei Studium Plus studiere, beantwortete OB D e t t e mit dem Hinweis, dass die spezifischen Verwaltungsberufe an der Verwaltungsfachhochschule in Gießen unterrichtet werden. Zur Bindung an die Firmen führte Herr H a a s k e gegenüber Stv. K o s t e r aus, dass die Bindungsfrist 3 Jahre betrage.

StR K r ä u t e r berichtete, dass Partnerstädte, wie Siena und Avignon, Interesse an Studium Plus zeigten. Hierzu äußerte sich Prof. Dr. B o n a t h, er sei dankbar für Informationen. Hinsichtlich des Interesses aus anderen Bundesländern zu dieser Studienart machte Herr H a a s k e darauf aufmerksam, primär hänge dies von handelnden

Personen ab. Es gebe aber wenig Nachahmer. Für das Land Hessen, führte OB D e t t e ergänzend aus, sei es nicht leicht gewesen in ein solches Projekt einzutreten, u. a. wegen eingegrenzter Steuerungsmöglichkeiten. Auch habe es Vorbehalte in der Kulturbürokratie gegeben. Eine engagierte Industrie- und Handelskammer und eine Fachhochschule Gießen, die diese Studienform nicht als Konkurrenz, sondern als Chance gesehen haben, habe es ermöglicht. Ferner auch die Bereitschaft zur Unterstützung durch die Stadt Wetzlar.

Stve. V i e h m a n n erkundigte sich nach den Kriterien, die zu den neuen Abschlüssen führten. Prof. Dr. B o n a t h merkte dazu an, dies sei um die Jahrtausendwende in Form einer EU-Richtlinie entschieden worden. Ziel sei, kürzere Studienzeiten zu erreichen.

TOP 2

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 22.10.2008

Mitteilungen

Bodenbelag in der Altstadt

Aufgrund der Anfragen führte OB D e t t e aus, er habe vom Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar die Auskunft erhalten, dass in Abstimmung mit dem Tiefbauamt in den ersten zwei bis drei Jahren nur manuell gereinigt werde. Die maschinelle Reinigung erfolge erst nach einer ausreichenden Festigung der Fugen. Auch werde der Kornmarkt nicht maschinell gereinigt. Ihre Frage, so Stve. Z e i s e r, bezog sich auf das alte Pflaster im Bereich Brodschirm (Reichskammergericht). Stv. K u n k e l teilte bezüglich des Kornmarktes mit, dass es sich ggf. um Verlegefehler handele. OB D e t t e sagte zu, nochmals auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Gerüststellung in der Altstadt

Hierzu wies OB D e t t e auf die Sondernutzungssatzung der Stadt Wetzlar und den damit verbundenen Sondernutzungsgebühren hin. Die Satzung ermögliche keine Befreiung und somit sei die Verwaltung gebunden. In Bezug auf denkmalgeschützte Häuser machte AV T s c h a k e r t auf das denkmaltopographische Buch, welches bis 1996 fortgeschrieben sei, aufmerksam. Für den Denkmalschutz gebe es keine verbindliche Liste. Zuständig sei das Landesamt für Denkmalschutz. An weitere Gebühren für Sanierungen bei historischen Gebäuden erinnerte Stv. A d a m i e t z. AV T s c h a k e r t betonte, einen Erlass oder Reduzierung vorgenannter Gebühren sei nur durch eine Satzungsänderung möglich. Dazu hätten die Fraktionen ein Initiativrecht. Evtl. bestünden heute andere Überlegungen als bei Inkrafttreten der Satzung. Weil es Zuschüsse für Sanierungen gebe sowie steuerliche Absetzbarkeit bestehe, sei die Gebühr für die Gerüststellung aus seiner Sicht keine hohe Belastung, betonte OB D e t t e. In Bezug auf die Zuschüsse führte OB D e t t e aus, es gebe Zuschüsse für unrentierliche Investitionen bei Sanierungen im Sanierungsgebiet. Diese bauten auf Städtebauförderungsmitteln auf.

Aufzug Musikschule

Für den Inneneinbau eines Aufzuges werde derzeit die Planung entwickelt, berichtete OB D e t t e. Dies sei aufgrund von Brandschutzaufgaben und der räumlichen Situation nicht einfach. Ein Außenaufzug sei technisch schwierig und berühre auch Fragen des Denkmalschutzes. Bis Anfang nächsten Jahres werde das Fachamt eine entsprechende Überlegung vorstellen.

Sanierung Palais Papius

Auf eine Frage von Stv. R u p p in einer der letzten Sitzungen eingehend merkte OB D e t t e an, ein bauhistorisches Gutachten sei in Auftrag gegeben worden. Ein Sanierungskonzept sei erst nach Auslagerungen der Exponate möglich gewesen. Ferner werde eine Schadenskartierung erstellt. Er erwarte eine Kostenschätzung auf verlässlicher Basis im ersten Quartal 2009. Deswegen bitte er um Verständnis, dass er derzeit keine Zahlen nenne. Das beauftragte Architekturbüro Rohrbach werde aufgrund seiner Erfahrung eine angemessene Grundlage darstellen. Auf Zwischenfrage von AV T s c h a k e r t, ob ein Risikozuschlag einkalkuliert werde, wies OB D e t t e auf die Erfahrung der Architekten hin.

Anfragen

Wegweisung Mehrgenerationenhaus in Dalheim

Frau W a g n e r, als Mitglied des Seniorenrates, wies darauf hin, dass sie aufgrund fehlender Hinweise das Mehrgenerationenhaus in Dalheim nicht gefunden habe. OB D e t t e vertrat die Auffassung, dass das Klientel in Dalheim, für das das Mehrgenerationenhaus bestimmt sei, den Standort kenne. Er werde aber diesem Hinweis nachgehen.

Niederschriften vom 22.10.2008 und 12.11.2008

Zur Niederschrift vom 22.10.2008 machte Stv. Johannes A d a m i e t z darauf aufmerksam, dass an dieser Sitzung Stv. Thekla A d a m i e t z teilgenommen habe.

Abstimmung: 8.0.1

Die Niederschrift vom 12.11.2008 wurde ohne Einwendungen genehmigt.

Abstimmung: 8.0.1

OB D e t t e schlug vor, dass hierzu von den Herren Matzke und Hirth ein kurzes Statement abgegeben werde. Den Ausschuss tangiere insbesondere das Thema Freizeit. Herr M a t z k e wies auf den langen Zeitprozess hinsichtlich der Aufstellung des Rahmenplanes hin. Grundlage für die Förderung sei das Programm „Soziale Stadt“. Er beschrieb die Maßnahmen, die angestoßen werden sollen. Schwerpunkte hierbei seien „Verbesserung der kulturellen Infrastruktur“ und die „Spiel- und Sportanlage“. Ausgangspunkt sei der Umbau des evangelischen Gemeindehauses in Niedergirmes zum Nachbarschaftszentrum gewesen. Ferner sei beabsichtigt, ein Kinder- und Familienzentrum mit Anbindung an die Kindertagesstätte zu projizieren.

In Bezug auf die Spiel- und Sportanlage, die derzeit von drei Vereinen genutzt werden könne, wies Herr M a t z k e auf die Einweihung des ersten Bauabschnittes hin. In einem weiteren Bauabschnitt werde die Anlage um einen Bolzplatz erweitert werden. Alle weiteren Maßnahmen würden den Stadtverordneten vorgestellt. Im Rahmenplan seien diese skizziert.

Wie man sich die im Bericht avisierte Bildungs Kooperation vorstelle, interessierte Stv. A d a m i e t z zu erfahren. Ziel sei, so Herr M a t z k e, dort eine attraktive Grundschule mit ganztägigem Angebot zu etablieren. Eine enge Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen sei vonnöten. Auch sei die Unterstützung der August-Bebel-Schule als ganztägig arbeitende Schule geplant.

Hinsichtlich der Nachfrage von Stv. Z e i s e r, wie sich die Einbeziehung der Geschwister-Scholl-Schule wegen aktiver Mitwirkung gestalten solle, betonte Herr M a t z k e das Angebot zur Umgestaltung der Schulhöfe. Wo könne man ein Mal- und Kunstangebot für Kinder in den Nachmittagsstunden anbieten, fragte Stve. V i e h m a n n nach. Herr M a t z k e teilte mit, dass sich dazu das Projekt der Kindertafel im Nachbarschaftszentrum anbiete, wo nach den Hausaufgaben auch kunstwerkliche Tätigkeiten durchgeführt werden könnten.

Stv. A d a m i e t z ging auf den Aspekt der Erhöhung der Sicherheit ein und erkundigte sich nach den dafür geplanten Maßnahmen. Herr H i r t h führte dazu aus, dass es zwei Hauptelemente für Sicherheitsaspekte gebe, und zwar Attraktivität und Beleuchtung, d. h. Beleuchtungsanlagen an allen relevanten Wegen. Hinsichtlich der Anbindung an die Innenstadt als zentralen Punkt, berichtete OB D e t t e, dass diese Planung auf einem abgestimmten Weg sei. Dazu sei aber die Mitwirkung der Bahn erforderlich, die sich schwierig gestalte, weil von dort keine klaren zeitlichen Perspektiven kämen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an das Zuginformationssystem im Hinblick auf eine Hinhalte-taktik. Er werde bezüglich dieser Problematik die Bundestagsabgeordneten einschalten.

Stv. Dr. T e i c h n e r fragte an, ob weitere Wünsche an die Stadt hinsichtlich eines Wertigkeitskatalogs bestünden. Zur Klarstellung erinnerte OB D e t t e an die Auftragsvergabe der Stadt. Fachliche Hinweise aus Sicht des Planungsbüros seien willkommen. Man dürfe nicht vergessen, dass ein Drittel der Maßnahmen von der Stadt zu finanzieren seien. Aus den bisher mitgemachten Veranstaltungen sehe er, so Herr M a t z k e, eine Akzeptanz aller Fraktionen, weil in Niedergirmes etwas getan werde und man diesen Stadtteil auf eine positive Schiene bringen möchte.

Weil das Kulturangebot in Wetzlar breit gefächert sei, interessierte AV T s c h a k e r t speziell die Stadtteilkultur in Niedergirmes. Er erinnere sich lediglich an den dortigen

„kulturellen Herbst“. Er frage sich deswegen, ob solche Dinge auch in den Rahmenplan aufgenommen werden könnten. Herr M a t z k e führte hierzu aus, in Niedergirmes finde vieles parallel statt. Auch gebe es noch eine Interessengemeinschaft Niedergirmeser Vereine. Das Nachbarschaftszentrum sei der Ort für Kultur. OB D e t t e wies darauf hin, dass in Niedergirmes noch eine Vereinsstruktur, im Gegensatz zum Westend, bestehe. Eine neue Situation sei durch Migrationsvereine entstanden. Deswegen handele es sich um ein schwieriges Unterfangen. Durch neue Räumlichkeiten ergebe sich eine Chance. Der Rahmenplan, konstatierte Herr H i r t h, sei zunächst auf die räumliche Infrastruktur fokussiert. Kultur sei in dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ schlecht abgebildet. Kultur werde jetzt durch andere Förderprogramme in den Vordergrund gestellt.

Abstimmung: 8.0.0

TOP 4

0658/07

Benennung des Kreisels „Am Trauar“ in Partnerschaftskreisel

Im Gesamtzusammenhang erläuterte OB D e t t e, die vorläufige Begründung des Kreisels werde vorgenommen. Idee sei, den Kreisel in „Partnerschafts- oder Europakreisel“ zu benennen. Es handele sich hier, ergänzte StR K r ä u t e r, nach seinem Wissen um einen Vorschlag der CDU-Fraktion, den Kreisel in „Partnerschaftskreisel“ zu benamen. Erst nach einer Benennung, so OB D e t t e, könne man eine endgültige Gestaltung vornehmen. Für sie habe das Wort „Partnerschaft“, stellte Stv. K u n k e l fest, etwas sehr Intimes. Sie halte die Bezeichnung dafür für nicht glücklich. Sie finde „Dalheimkreisel“ passend, fügte Stv. Z e i s e r ein.

Hierzu merkte Stv. Dr. T e i c h n e r an, dieser Kreisel sei mit Dalheim assoziiert. Man solle den in Rede stehenden Begriff für einen Eingangskreisel zur Stadt hin benennen. Auf Frage von Stv. K o s t e r, warum Kreisel einen Namen benötigen legte OB D e t t e dar, dass kein Kreisel einen offiziellen Namen benötige. Ein Kreisel habe keine postalische Adresse. Er sei lediglich verwaltungsintern zu bezeichnen. Er schlage vor, die normale Begründung durchzuführen und bei der Namensgebung abzuwarten, wie sich die Meinung entwickle. Auf Vorschlag von AV T s c h a k e r t war der Ausschuss damit einverstanden, den Antrag nicht zu bescheiden. Er werde dem Magistrat empfehlen, so OB D e t t e, die Vorlage zurückzuziehen. Ferner solle die Vorlage nicht auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gesetzt werden, aber im Geschäftsgang bleiben. AV T s c h a k e r t betonte, dass er mit dieser Vorgehensweise einverstanden sei.

TOP 5

Verleihung des Kulturpreises „Lotte-Plakette“

AV T s c h a k e r t führte aus es sei Brauch, dass der Kulturausschuss hierzu eine Empfehlung ausspreche. Der Vorschlag liege vor und führe Museumsdirektor a. D. Schmidt als Preisträger auf. Auch wenn er Mitarbeiter der Stadt Wetzlar gewesen sei, habe er für Wetzlar mehr als seine Dienstobliegenheiten geleistet.

Abstimmung: 8.0.0

TOP 6

Verschiedenes

Partnerschaften

In diesem Jahr fänden drei Partnerschaftsjubiläen statt, und zwar das 55-jährige Jubiläum mit Berlin-Neukölln, das 40-jährige Jubiläum mit Colchester und das 35-jährige Jubiläum mit Schladming, gab StR K r ä u t e r bekannt. Mit Neukölln gebe es schon Vorbereitungen. Am 27.01.2009 werde eine Musical-Gruppe aus Neukölln mit Unterstützung der Musical-Gruppe der Goethe-Schule Aufführungen gestalten. Weitere Veranstaltungen bezüglich der Partnerschaftsfeiern mit Neukölln werden folgen, u. a. eine Kunstaussstellung im Schloss Britz in Berlin-Neukölln.

Ferner berichtete StR K r ä u t e r über seinen Besuch in Avignon, wobei das Thema Europäische Jugendspiele Priorität genoss. Er berichtete, Colchester werde nicht mehr an den Europäischen Jugendspielen teilnehmen. Dafür lägen drei neue Bewerbungen vor. Avignon nominierte Dubrovnik in Kroatien, Siena schlug Weimar in Deutschland vor und Wetzlar Pisek in Tschechien. Taragona, der nächste Austragungsort dieser Spiele im Mai 2010, erklärte sich bereit, auch Teilnehmer aus Dubrovnik, Weimar und Pisek einzuladen. Nach diesen Spielen sollen diese Städte erklären, ob sie weiterhin daran teilnehmen möchten. Ferner möchte Taragona im Jahre 2017 Mittelmeerspiele mit 35 Städten ausrichten. Ein Sponsor sei bereit, dafür 1 Mio. € zur Verfügung zu stellen.

Auch berichtete StR K r ä u t e r, in Avignon habe sich eine neue Universität etabliert, die in einem alten Krankenhaus nach dessen Umbau untergebracht worden sei. Außerdem habe er ein Gespräch mit einem Rabbiner in der Synagoge in Avignon geführt. Diesbezüglich werde er Kontakt mit der jüdischen Gemeinde in Gießen herstellen, weil die jüdische Gemeinde in Avignon an Kontakten interessiert sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss AV T s c h a k e r t die 23. Sitzung des Kultur-, Freizeit- und Partnerschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

T s c h a k e r t

N i c k e l